

Das kleine Superwahljahr 2011 bescherte den Grünen viele Erfolge. Die Partei witterte reichlich Morgenluft. Freilich wachsen die grünen Bäume nicht in den Himmel, wie die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus zeigte. Sie riss Renate Künast jäh aus ihren Blütenträumen. Beim Versuch, nach den Sternen zu greifen, verlor die grüne Spitzenkandidatin den Boden unter den Füßen. In der Wählergunst landete sie nur auf Platz 3.

Bereits bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg wählten lediglich sechzehn Prozent der Wahlberechtigten die Grünen mit ihrem Spitzenkandidaten Winfried Kretschmann. Inzwischen ist er dennoch zum Ministerpräsidenten des Musterländle avanciert. Die Ökopartei stellt damit erstmals auf Landesebene einen Regierungschef. Das ist eine Demütigung für die SPD. Rot-Grün mutiert zu Grün-Rot. Die älteste und die jüngste Partei Deutschlands tauschen die Rollen, wenigstens im Ländle. Darunter leiden die SPD und ihr grün-rotes Bündnis in Stuttgart bis heute. Für die Grünen gewinnen die Sozialdemokraten dadurch an Attraktivität: Denn im Bündnis mit ihr kann die Ökopartei inzwischen sogar Regierungschefs stellen.

In Baden-Württemberg gelangte die SPD nur noch auf Platz drei ins Ziel – wie zuletzt in Sachsen (Landtagswahl 2009: SPD rund zehn Prozent), Sachsen-Anhalt und Thüringen. Immer wieder landete die SPD im kleinen Superwahljahr 2011 in Umfragen auch bundesweit hinter den Grünen. Zeitweise rutschte sie sogar un-

ter ihren historischen Tiefstwert von der Bundestagswahl 2009 (23 Prozent) – niemals verlor eine Partei bei einer Bundestagswahl derart viele Stimmen. Immer öfter bricht die SPD ihre eigenen Negativrekorde. Zuletzt verlor sie in Berlin bei der Abgeordnetenhauswahl am 18. September signifikante Stimmenanteile.

Personal- und Sachfragen in der SPD

Die Probleme der SPD häufen sich und sind gravierender als bei fast allen anderen Parteien. Davon können ihre Erfolge bei den jüngsten Provinzwahlen, wo weniger als zehn Prozent der Wahlberechtigten leben, kaum ablenken. Seit 1998 hat die SPD auf Bundesebene zehn Millionen ihrer zuvor zwanzig Millionen Wähler verloren; seit 1990 hat sie fast die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt. Seit einiger Zeit ist die CDU mitgliederstärker als die SPD (CDU und CSU zusammengerechnet ohnehin). Mit Gabriel amtiert derzeit der neunte SPD-Chef seit der Wiedervereinigung.

Momentan mangelt es der SPD sowohl an kampagnefähigem Personal als auch an kampagnefähigen Themen – im kras- sen Kontrast zur kurzen „Ära“ Schröder und Lafontaine von 1997 bis 1999. Ihre Führungsfrage ist wieder einmal ungelöst und damit auch viele Sachfragen. In vielen politischen Debatten kommt die SPD bundesweit heute kaum mehr vor. Von politischer Deutungshoheit und Meinungsführung hat sie sich weitgehend verabschiedet. Die Hauptkontrahenten in vielen Debatten heißen heute CDU/CSU

und Grüne. Dies gilt beispielsweise für die Diskussion über Zuwanderung. Bodenständige SPD-Kommunalpolitiker wie der bundesweit bekannte Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, gelten als Außenseiter in der Partei. Doch mit seiner Kritik an Integrationsverweigerung trifft er die Erfahrungen und Stimmungen vieler Menschen, darunter viele Migranten, die gut integriert sind. Laut Umfragen stoßen seine Thesen insbesondere auch bei kleinen Leuten und Wählern der Linkspartei auf Zustimmung.

Gerade auf dem Feld der sozialen Gerechtigkeit hat die SPD politische Glaubwürdigkeit verloren und Konkurrenz gewonnen. Insgesamt bietet die SPD oft nur noch politische Rückzugsgefechte. So pocht sie mit guten Gründen auf einen Anteil am aktuellen Aufschwung durch Schröders und Münteferings Politik, um sich freilich genau davon zu distanzieren. Damit ist sie weit entfernt von Standfestigkeit nach – auch innerparteilich – mühsam errungenen Kompromissen; ebenso von Aufbruch, Dynamik und Tatkraft. Aus Einheit in Vielfalt wird graue Konformität. Vor allem in den sozialen Souterrains der Gesellschaft findet die SPD kaum noch statt. Sie ist inhaltlich tief gespalten und damit politisch kaum sprechfähig. Im Vergleich zur frühen Schröder-Zeit hat sie auch an wahrgenommener Wirtschaftskompetenz verloren, die gerade für eine Volkspartei mitentscheidend ist für Wahlerfolge – neben sozialer Sensibilität. Möglicherweise schaden die aktuellen Diskussionen über horrende Verschuldung, die alle EU-Länder derzeit führen, Parteien wie der SPD, da sie nicht als glaubwürdig und kompetent gilt für eine solide Haushaltspolitik.

Ob vielleicht deshalb Peer Steinbrück der nächste SPD-Kanzlerkandidat wird, bleibt abzuwarten. Bislang punktet der wendige Politiker mit seinem Gestus der Unabhängigkeit und Gradlinigkeit auch

in der politischen Mitte und bei den Leitmedien. Bei der Entscheidung über die SPD-Kanzlerkandidatur werden vor allem Steinmeier und Gabriel mitentscheiden wollen, die beide noch keine Wahl als Spitzenkandidat gewonnen haben – ebenso wie Steinbrück, den mehr einfache SPD-Mitglieder sympathisch finden und unterstützen als Funktionäre der SPD-Linken. Allein im Deutschen Bundestag agiert heute – nach dem schlechten Bundestagswahlergebnis – ein besonders hoher Anteil an Mitgliedern der SPD-Linken ohne Direktmandat. Dort genießt Klaus Wowereit viel Sympathie und Unterstützung. Umso mehr würde Steinbrück von einem SPD-Mitgliederentscheid profitieren.

Wenig konstruktive Nabelschau

Derzeit „leidet“ die SPD unter dem aktuellen Aufschwung (drei Prozent Wachstum, sinkende Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung in Süddeutschland); eine Entwicklung, von der Schröder nur träumen konnte. Ein zündendes Projekt fehlt der SPD, obwohl ihr Schwarz-Gelb lange Zeit viele Hasen in die Küche trieb. Insbesondere Haushaltskonsolidierung ist ihr weitgehend fremd, wie gerade die Ministerpräsidentin NRWs eindrucksvoll beweist. Bislang profitierte die eine Volkspartei stets von Schwierigkeiten ihres Pendants. Das scheint vorerst vorbei. Die SPD beschäftigt sich lieber, wie auch „rechte“ Sozialdemokraten monieren, mit sich selbst, zum Beispiel mit der Frage, wie sie mit Thilo Sarrazin und seinen teilweise steilen Thesen umgehen soll – in diesem Punkt ist sie ebenfalls zerrissen. Auch ihr Verhältnis zur Linkspartei dürfte ihr weiter viel internen Konfliktstoff liefern. Strittig wird in der SPD vorerst weiter bleiben, was ihr mehr schaden wird: eine (un-)angekündigte Kooperation mit der zweitältesten Partei oder eine klare Abgrenzung von ihr. Stärkt oder schwächt eine Kooperation mit der Links-

partei die SPD langfristig? Machiavellismus pur oder demokratische Prinzipientreue?

Ihre Flügel jedenfalls bekämpfen einander heftig, statt einander – programmatisch – konstruktiv zu ergänzen, wie es sich für eine Volkspartei gehört. Eine starke Parteiführung, die den Laden zusammenhält, fehlt. Somit steht die heutige Führung im Kontrast zum einstigen SPD-Chef Lafontaine, der die Sozialdemokraten ab 1997 disziplinierte und auf Regierungskurs trimmte. Wenn die gegenwärtige SPD unter Führung von Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Andrea Nahles wahrnehmbare Diskussionen führt, sind es oft Scheindebatten, die wenig mit Problemen von Normalbürgern und viel mit der inneren Zerrissenheit der SPD zu tun haben – Beispiele: Frauenquote in Vorständen von DAX-Unternehmen oder Migrantensumme in SPD-Vorständen (Wie viele Migranten sind SPD-Mitglied in Ostdeutschland?). Immer mehr entwickelt sich die SPD, so auch interne Kritiker, zu einer Partei ohne Seismograf und Kompass in bewegten Zeiten. Von der Vorhut zur Nachhut? Volkspartei a. D.?

Mangelnde Präsenz und verwässerte Positionen

Immer mehr ähnelt die SPD einer introvertierten Gruppierung und selbstreferentiellen Vereinigung, die rasant Mitglieder und Kontakte zu Normalbürgern verliert; immer mehr gerät sie zwischen Hund und Laternenpfahl. Ihre Präsenz und Aktivität im vorpolitischen Raum vor Ort sinkt stark, zum Beispiel in Schützenvereinen, Feuerwehren, Kleintierzuchtvvereinen, Sportvereinen. Keine Partei leidet mehr unter geschrumpften Verteilungsräumen und geschrumpften Milieus, die auch in schwierigen Zeiten ein Minimum an Loyalität sichern. Eine fast ungebremste Talfahrt hat eingesetzt. In der Diskussion über Stuttgart 21 bezog

die SPD lange Zeit alle wesentlichen Positionen – und das Gegenteil davon. Das kann man pragmatisch nennen, man kann es aber auch opportunistisch finden, wenn eine Partei, zumal bei Gegenwind, ihre Politik so massiv verwässert.

Moderne Infrastrukturpolitik geht anders; Glaubwürdigkeit auch. Das erkennt die große Mehrzahl der Wähler, die pragmatische Prinzipientreue bevorzugt – und Beweglichkeit statt Beliebigkeit sowie Flexibilität statt Rechthaberei nach veränderten Bedingungen. Immer mehr leidet die SPD unter einem schwerwiegenden Glaubwürdigkeitsproblem. Doch gerade Glaubwürdigkeit gewinnt an Bedeutung, wenn viele Bürger „die“ Politik in Zeiten gravierender Veränderungen und grassierender Verunsicherungen kaum mehr verstehen. Wenn es so weitergeht, könnte die SPD noch tiefer rutschen: Ihre Anhänger können kaum noch erkennen und erklären, wofür die SPD steht.

Höhenflug der Grünen

Der große Profiteur all dessen ist die grüne Partei, langjähriger Partner und Rivale der SPD. Die Grünen schwimmen auf einer Welle der Sympathie – trotz jüngster Dämpfer. Momentan gibt ihnen die politische Stimmung Rückenwind. Durch ihre Erfolge erreichten sie im kleinen Superwahljahr jene Wählerschichten, die für sie zuvor kaum erreichbar schienen. Während die SPD in Umfragen in den Keller sinkt, schießen die Grünen in Umfragen und bei Wahlen durch die Decke. Wer für ihre Wellness- und Wohlfühlpolitik eintritt, muss sich kaum noch rechtfertigen. „Öko“ finden immer mehr Leute gut, vor allem Gutverdiener. Das Gegenteil einer Schweigespirale. Wenig ist erfolgreicher als der Erfolg und umgekehrt. Am Höhenflug der Grünen (ohne Fischer und ohne innerparteilichen Dauerstreit) haben die Medien einen wichtigen Anteil: Nach Medieninhalts-

analysen beurteilen Presse, Funk und Fernsehen die Grünen fast durchgängig besser als jede andere Partei. Kritische Berichte über die Partei sind selten.

Wie „in“ die Partei ist, zeigen Umfragen, wonach heute rund zwanzig Prozent der Befragten behaupten, bei der Bundestagswahl 2009 mit der Zweitstimme die Grünen gewählt zu haben – tatsächlich waren es lediglich gut zehn Prozent. Inzwischen ist die Partei die einzige Kraft neben CDU/CSU und SPD, die in allen sechzehn Landtagen vertreten ist. Im Ländle nutzten die Grünen Stuttgart 21 vor der Landtagswahl, indem sie das Großprojekt fast so bekämpften, als plante die CDU eine Raketen-Abschussrampe oder ein Atomkraftwerk mitten in Stuttgart.

Eklatische Widersprüche

Eklatische Widersprüche ihrer Politik verschwinden unterdessen immer öfter unter dem Teppich: Für Umweltfreundlichkeit, aber gegen einen modernen Bahnhof; für Ökostrom, aber gegen neue Trassen; in der eigenen Regierungszeit für Castor-Transporte, jetzt dagegen; bürgerliche Attitüde, aber für noch höhere Steuern und Abgaben; Image als Partei der Mitte, aber für Kooperationen mit der Linkspartei.

Dennoch verlieren frühere Vorbehalte gegen die Grünen in der Gesamtwählerschaft an Relevanz. Die Partei gilt immer stärker als normale Kraft. Dass die Partei

erstmals in einem Bundesland einen Regierungschef stellt, verwundert und verschreckt kaum noch. In der Umweltpolitik ist die Kompetenz der Partei aus Sicht der meisten Wähler fast konkurrenzlos. Wie schnell Erfolge freilich zerinnen können, hat die jüngere Vergangenheit gezeigt: Edmund Stoiber stürzte von einer Zweidrittelmehrheit (errungen mit Verlusten an Stimmen bei gesunkener Wahlbeteiligung) ins politische Nichts; Jürgen Rüttgers galt ein Jahr vor der Landtagswahl in NRW 2010 fast als unschlagbar – sowohl in seiner Koalition als auch der Opposition.

Auch Guido Westerwelle kann ein Lied von Erfolgen singen, die wie ein Soufflé zerfallen. Wie beim Bergsteigen kommt nach dem Gipfel irgendwann der Abstieg – der Wandel gehört zum Beständigen. Für Zukunft und Perspektiven der Grünen wird es jetzt stark entscheidend sein, ob es ihnen – im forcierten Realitätstest – in Baden-Württemberg gelingt, auch als wirtschaftlich kompetent zu gelten.

Im kommenden Jahr könnten die roten und grünen Balken an Wahlabenden wieder kürzer und die Gesichter bei Grünen und SPD wieder länger werden. Doch was letztlich passiert, bleibt abzuwarten. Bereits Otto von Bismarck warnte: „Das lernt man in der Politik, dass man klug sein kann wie die Klugen dieser Welt und dennoch in die nächste Minute geht wie ein Kind ins Dunkle.“

Die Novemberausgabe der Politischen Meinung
wird sich anlässlich des 70. Geburtstages
ihres Chefredakteurs Wolfgang Bergsdorf mit dem Thema
„Sprache und Politik“

befassen. Die Schriftleitung für diese Ausgabe
übernehmen vertretungsweise die übrigen Mitglieder der Redaktion.

Das Editorial wird der Herausgeber Bernhard Vogel verfassen.